



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Bernhard Roos, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Dieselnachrüstung oder Entschädigung: Hersteller jetzt in die Pflicht nehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Autohersteller

- alle Euro 5-Diesel, die die Abgasgrenzwerte nicht erfüllen, mit Hardware-Lösungen nachrüsten oder eine die Kunden zufriedenstellende Entschädigung anbieten,
- und für alle Euro 4-Diesel, die die Abgasgrenzwerte überschreiten, eine ausreichende Entschädigung oder Umtauschprämie anbieten.

Zudem soll sich die Staatsregierung für die Einführung einer blauen Plakette einsetzen.

Zur Vermeidung weiterer Zwangsgelder und Zwangsmittel gerichtlicherseits soll die Staatsregierung das rechtskräftige Urteil für „Saubere Luft“ in München umsetzen und vollziehen.

Begründung:

Der Dieselskandal ist ein Hauptgrund, warum vor allem in über 40 deutschen Städten die europäischen Grenzwerte für Stickstoffdioxid-Emissionen überschritten werden. Immer mehr Verwaltungsgerichte verhängen aufgrund der Grenzwertüberschreitung Fahrverbote oder fordern, zumindest die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Nach Auskunft der Bundesregierung wären in den 43 meistbelasteten Städten in Deutschland mindestens 1,3 Mio. Fahrzeuge betroffen: rund 475.000 Autos, die mit der Abgasnorm Euro 4 zugelassen sind und etwa 840.000 Fahrzeuge mit der Euro-5-Norm. Dabei sind die Pendler noch nicht mitgezählt.

Gerade wird eine Musterfeststellungsklage vom Bundesverband Verbraucherzentrale und vom ADAC vorbereitet. Zudem wird bereits über die Sammelklage eines privaten Rechtsdienstleisters verhandelt, hinter der ca. 37.000 Geschädigte stehen sollen. Aber das betrifft nur Fahrzeuge mit einem bestimmten Motortyp. Alle anderen betroffenen Dieselfahrer werden nicht von dieser Sammelklage profitieren.

Die Politik muss jetzt handeln, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die Luftreinhaltung zu garantieren, und Dieselbesitzer vor Schaden zu bewahren. Dazu gehört eine Nachrüstung von betroffenen Fahrzeugen oder eine angemessene Entschädigung. Der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer (CSU) hat sich allerdings bis dato (ebenso wie seinerzeit der damalige Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, CSU) geweigert, die Automobilindustrie konsequent in die Pflicht zu nehmen. Eine Regelung im Interesse der Betroffenen ist aber dringend notwendig, bevor die Verjährung eintritt.